

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université
Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten
Band: 20 (1994)
Heft: 2-3

Artikel: Wege aus der Finanzklemme
Autor: Beck, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894232>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wege aus der Finanzklemme

Hans Beck

Einige Gedanken zu diesem Thema – insbesondere aus der Sicht der Hochschulplanungskommission.

Die Probleme, mit denen die Hochschulen heute konfrontiert werden, sind sattem bekannt: steigenden Studentenzahlen, einer rasanten Entwicklung der diversen Forschungsgebiete und dem Auftreten immer neuer gesellschaftspolitischer Probleme, zu denen die Hochschule Antworten geben sollte, steht eine stagnierende, ja eher rückgängige, finanzielle Unterstützung von Seiten der öffentlichen Hand gegenüber. Wie in jedem Haushalt gibt es zwei Möglichkeiten, um weiterzukommen: entweder neue Einnahmequellen erschliessen oder Sparmassnahmen ergreifen.

1. Was die *Einnahmen* betrifft, sind im folgenden einige Gedanken geäussert zur Finanzierung der Universitäten durch Bund und Kantone:

Die kantonalen Hochschulen erfüllen eine nationale Bildungsaufgabe. Deshalb sollte der Bund einen angemessenen Anteil der dabei anfallenden Kosten übernehmen. Von 1979 bis 1989 betrug der Anteil der Grundsubventionen des Bundes im Mittel 15.8% der Universitätsausgaben. Demgegenüber fordert die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK) schon lange einen Anteil von 25%, damit die kantonalen Hochschulen ihren mannigfachen Aufgaben wirklich gerecht werden können. Bundesrat und Parla-

ment waren denn auch, für die Vierjahresperiode 1992–1995, mit einer Erhöhung der Grundbeiträge einverstanden. Leider mussten in der Zwischenzeit wegen der enormen Finanzschwierigkeiten des Bundes substantielle Reduktionen in Kauf genommen werden (1993 waren die Grundbeiträge 12% geringer als 1991 beschlossen, 1994 gar 15%!). Die SHK hat vor kurzem dem Bund ihren Finanzbedarf für die kommende Periode (1996–1999) unterbreitet. Um die dringenden Probleme der Hochschulentwicklung zu meistern und um die wegen vielerorts erfolgter Kürzungen der Hochschulbudgets liegengelassenen Vorhaben nachzuholen, beantragt die SHK, die Grundbeiträge auf 20% der voraussichtlichen Betriebsausgaben der kantonalen Hochschulen zu berechnen. Das Total dieser Grundbeiträge für die kommenden vier Jahre (zu denen noch Subventionen für Investitionen und Spezialsubventionen hinzukommen) würde somit 2216 Millionen Franken betragen!

Selbstverständlich wäre jede weitergehende Beteiligung der Nichthochschulkantone an den finanziellen Lasten der kantonalen Universitäten ebenfalls willkommen. Modelle wie die gemeinsame Trägerschaft der beiden Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Land für die Universität Basel sind also zur Nachahmung empfohlen. Jedoch haben die recht langwierigen Verhandlungen zwischen den beiden Kantonen und der Universitätsleitung gezeigt, dass solche Vorhaben nicht über Nacht verwirklicht werden können. Somit bleibt vermutlich für die nähere Zukunft nur

die Hoffnung, dass wenigstens die bis 1998 geltende interkantonale Vereinbarung betreffend Beiträge für Studierende an einer ausserhalb des Kantons liegenden Universität nach deren Ablauf in annehmbarer Form weitergeführt werden kann.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage, mit welchen Mitteln die Universität – und ihre Angehörigen auf allen Stufen – der breiten Öffentlichkeit und vor allem den verantwortlichen Politikern klar machen kann, welches auf lange Frist die Folgen einer Vernachlässigung von Forschung und Ausbildung an der Hochschule sein könnten. Es steht ausser Zweifel, dass die diesbezüglichen Zusammenhänge sehr komplex sind und dass man auf Argumente in Form von Gemeinplätzen unbedingt verzichten muss. Mehr als je versucht die Planungskommission der SHK, in ihrer Auswertung der strategischen Planung der Universitäten und in ihrem Vierjahresplan der Meinung entgegenzutreten, dass Universitäten (und im besonderen die Professoren) vor allem «Hüter des Dahergebrachten» seien und die ihnen anvertrauten Mittel bei weitem nicht effizient einzusetzen wüssten. So wird der Vierjahresplan 1996–1999 vor allem zwei Stossrichtungen ausweisen: einerseits soll eine überuniversitär koordinierte Entwicklung verschiedener interdisziplinärer Themenkreise gefördert werden, andererseits soll die interuniversitäre Arbeitsteilung, vor allem in der Lehre, weiter entwickelt werden. Fachkonventionen, wie sie im Rahmen des «BENEFRI»-Abkommens getroffen worden sind, mögen hiezu als Beispiel dienen. Bei beiden Anliegen geht es darum, die möglichen Synergien zwischen den Hochschulen auszunützen und Doppel-

spurigkeiten – unter Wahrung eines gesunden Wettbewerbs zwischen Forschergruppen – zu vermeiden. Im übrigen ist es vielleicht tatsächlich so, dass die universitäre Welt bisher nicht besonders um ihre Existenzgrundlagen kämpfen musste, und deshalb auch nicht viel in Sachen «Public relations» getan hat. Nebst der Ausnützung aller möglichen direkten Kanäle für die Selbstdarstellung und Good-will-Werbung bei Stimmbürgern und Politikern, wäre es vielleicht möglich, in echt interdisziplinärer Zusammenarbeit anhand von Modellen die komplexen Zusammenhänge aufzuzeigen, die zwischen der Qualität der höheren Ausbildung eines Landes und seinem wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehen bestehen mögen. Dies wäre eine gute Gelegenheit für Spezialisten verschiedenster Fachrichtungen wie Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen, Politologen, Erziehungsfachleute, Psychologen, exakte und Naturwissenschaftler und andere mehr, sich einmal wissenschaftlich mit einem gemeinsamen Problem auseinanderzusetzen. Eventuell könnte hier die Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten Pionierarbeit leisten ...

2. Auf der anderen Seite ist auch die Suche nach *Sparmöglichkeiten* im universitären Lehr- und Forschungsbetrieb schon lange im Gange. Tatsächlich sind ja in unserem Lande die Entfernungen zwischen den Hochschulen nicht sehr gross, sodass eine vermehrte Zusammenarbeit nicht mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden sein muss. In diesem Sinn ist das Errichten von «Netzen» zwischen verschiedenen universitären Institutionen schon beinahe ein Schlagwort geworden. Damit kann einerseits mit gleichen Mitteln Qualität und

Quantität angehoben, oder aber dieselbe Leistung kostengünstiger angeboten werden. Konkret bedeutet dies natürlich, dass sowohl die Studierenden als auch die Lehrenden gewisse «Opfer» bringen müssen. So sehen etwa die im Rahmen der BENEFRI-Vereinbarung zwischen den Universitäten Bern, Neuchâtel und Fribourg getroffenen Disziplinabkommen vor, dass Dozenten auch an einer der anderen beiden Hochschulen Lehrveranstaltungen durchführen können (müssen...?) und dass Studierende ihre Ausbildung an einer anderen als ihrer Heimuniversität vervollständigen. In die gleiche Richtung zielt die Aussage, dass «die Idee der Universitas in Zukunft je länger je weniger lokal gedacht werden kann», die der Schweizerische Wissenschaftsrat in seinem Dokument «Zielvorstellungen für die Entwicklung der Schweizerischen Hochschulen: Horizont 2000» festgehalten hat. Es stellt sich dabei allerdings die Grundsatzfrage, wie weit man sinnvollerweise in dieser Richtung, und insbesondere in der Zentralisierung universitärer Aktivitäten gehen kann. Natürlich sind hier vor allem diejenigen Studienfächer «im Visier», welche bei gegebener Zahl von Unterrichtenden die kleinste Zahl von Diplomen pro Jahr ausstellen. Dazu gehören – unter anderem – Zweige der exakten und der Naturwissenschaften. Die von Wissenschaftspolitikern

aufgeworfene Frage, ob es möglich (und auch billiger) wäre, die Ausbildung in solchen Fächern auf eine reduzierte Anzahl von Hochschulen zu beschränken, ist an sich durchaus verständlich, und es ist sicher nützlich, einmal konkrete «Kosten-Nutzenrechnungen» für solche «Schrumpfungsaktionen» durchzuführen. Die Frage ist allerdings, ob Aspekte, die schwer quantitativ erfasst werden können – wie die interdisziplinäre Zusammenarbeit unter Vertretern verschiedener Fächer (die dann plötzlich nur noch an räumlich voneinander getrennten Hochschulen zu finden wären) oder die persönliche Beziehung zwischen Studierenden und Lehrenden an kleineren Instituten, wo die Betreuungsverhältnisse relativ gut sind – auch genügend Gewicht erhalten. Die Hochschulangehörigen sollten solche Abklärungen wachsam verfolgen und gegebenenfalls mit Überzeugung ihre Bedenken anmelden, ohne dabei jedoch objektive Argumente mit der Betrachtung persönlicher Vorteile und Bequemlichkeit zu verwechseln. Schliesslich sollten wir alle, Hochschulangehörige und politisch Verantwortliche, das gleiche Ziel vor Augen haben, nämlich die Qualität unserer Ausbildungs- und Forschungsarbeit (auf die wir auch stolz sein dürfen) trotz schwierigen Umständen ins nächste Jahrhundert hinüberzuretten und, wenn möglich, noch zu verbessern.